

Staatliche Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 8. August 2017			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 16:41 Uhr	Sitzungsort: Wall-Saal Stadtbibliothek Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Haushalt 2018/19	Vorlage 78
TOP 4:	Beitritt der Landesarchäologie zum ADABWeb	Vorlage 79
TOP 4:	Verschiedenes	

Die Vorsitzende der staatlichen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Die Deputation nimmt das Protokoll der Sitzung vom 16.05.2017 zur Kenntnis.

TOP 3: Haushalt 2018/2019

Staatsrätin Emigholz erläutert, dass die Aufstellung eines Haushalts zum Ende der Sanierung schwierig gewesen sei, da der Kulturhaushalt nicht von den bremischen Sanierungsanstrengungen ausgenommen sei. Nichts desto trotz sei es gelungen, ein gutes Ergebnis zu erzielen und die Situation für die Kulturakteure zu verbessern.

Der Haushalt sei vom Leitsatz geprägt, über die Sanierung hinaus entwicklungsfähige Strukturen anzulegen. In den großen Themenblöcken Förderung, Investitionen, Projektmittel und dem Solidarpakt seien die Rückmeldungen aus den Deputationssitzungen aufgenommen worden. So sei es gelungen, bei den Institutionen der Freien Szene Planungssicherheit zu schaffen. Der Landesverband freie darstellende Künste habe zudem darauf hingewiesen, dass die Schaulust als neue dauerhafte Spielstätte gebraucht werde, und daher sehe der Haushalt hier eine entsprechende Förderung vor.

Staatsrätin Emigholz kündigt an, dass der Solidarpakt fortgesetzt werde und somit zusätzliche 300.000 Euro für Projekte der Freien Szene zur Verfügung stünden. Der Solidarpakt sei nicht auf Dauer angelegt, aber bis zum Ende der Sanierung sei er sicher sinnvoll. Beim Kunstverein habe man auf die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung reagiert und

die Förderung angehoben. Darüber hinaus würden, wie auch schon in der Vergangenheit, den Kultureinrichtungen mehrjährige Kontrakte angeboten, um Planungssicherheit zu schaffen. Dieses Instrument habe sich bewährt. Vorangetrieben werden solle auch die Vernetzung zwischen etablierten Kultureinrichtungen und der Freien Szene.

Offen sei noch die Honorarerhöhung für die Honorarkräfte der Volkshochschule und der Musikschule. Diesbezüglich laufe derzeit die entsprechende Wirtschaftsprüfung, umgesetzt werde dies im Rahmen des Haushaltsvollzugs, und über diesen Vorgang werde der Deputation gesondert berichtet.

Nach dem Ende der Sanierung sei es zudem das Ziel des Ressorts, den Kulturhaushalt sukzessive zu erhöhen.

Herr Kindscher führt in die vorliegenden Unterlagen ein und erklärt, dass das Budget bei rund 82 Millionen Euro liege. Gegenüber dem derzeit laufenden Haushalt sind Erhöhungen von 2,5 Millionen Euro in 2018 und zwei Millionen in 2019. Diese Anhebungen seien im Wesentlichen zweckgebunden zum Ausgleich von Tarifsteigerungen vorgesehen. Die institutionellen Förderungen erhöhten sich um rund 200.000 Euro. Es gebe zudem Verlagerungen von institutionellen Förderungen aus den Projektmitteln in den regulären Haushalt.

Bei den Investitionen seien vor allem die Maßnahmen „Trink- und Löschwasser“ und „Brandschutz“ am Theater Bremen geplant. Die Trennung von Trink- und Löschwasser wurde der Deputation bereits vorgelegt, zum Brandschutz ist in Kürze die Gremienbefassung geplant. Darüber hinaus erhalte das Kulturressort Mittel aus den im Finanzressort ressortierenden Programmen zur Gebäude-Sanierung und zur IT-Infrastruktur. Für das Handlungsfeld Digitalisierung seien entsprechend Anträge zu stellen. Dies betreffe das bereits in der Deputation erörterte „Digitale Archiv Nord“ sowie das in der heutigen Sitzung unter TOP 4 in Rede stehende ADABWeb. Darüber hinaus sei auf den Senatsbeschluss zur Auflösung einer globalen Minderausgabe hinzuweisen.

Frau Kappert-Gonther würdigt den Haushalt als extrem gut, da sowohl die Absicherung der Kulturarbeit als auch der Gestaltungswille erkennbar würden. Es handele sich um einen ehrlichen und klaren Haushalt, da auch die institutionellen Zuweisungen aus dem Projektmittelpotential nun beendet würden. Sehr positiv sei, dass die Projektmittel durch den Solidarpakt nicht schrumpfen würden. Sie hob darüber hinaus die institutionellen Förderungen für die Schaulust, das Kindermuseum KEK sowie die geplanten Honorarerhöhungen bei der Volkshochschule und der Musikschule hervor.

Herr Rohmeyer erklärt, dass der Haushalt zwar kein Kahlschlag sei, aber auch kein großer Wurf. Die ausgewiesenen Steigerungen seien zumeist nur Tarifsteigerungen. Er sehe keine Perspektiven und auch keine Schwerpunktsetzungen. Besonders die Kultureinrichtungen, die von der City-Tax profitieren würden, hätte man deutlich besser ausstatten müssen. Darüber hinaus sei es bedauerlich, dass die Provenienzforschung in Museen nach dem Auslaufen von Bundeszuschüssen kaum noch stattfinde. Er verwies auf einen Antrag der CDU-Fraktion zum Ausbau von WLAN –Netzen in Museen.

Nicht erkennbar sei für ihn, wie die Defizite im Bereich kultureller Bildung angegangen werden sollten. Zudem sei der weitere Umgang mit dem Museum Weserburg immer noch offen.

Herr Drechsel betont, dass ihm die inspirierende Komponente am Haushalt fehle und erklärt, dass die Vorlagen für die FDP-Fraktion zu kurzfristig versandt worden seien. Er bedaure, dass der Bereich Bewegtbild bei den Fördermitteln ausgespart werde und fordert daher eine Anerkennung der bundesweit erfolgreichen Arbeit des Filmbüro Bremen e.V. Seit 1988 vertritt das Filmbüro Bremen als eingetragener gemeinnütziger Verein die Interessen der Bremer Filmschaffenden und stärkt die Freie Filmszene der Stadt. Dabei steht die Förderung der dokumentarischen, experimentellen und künstlerischen Film- und Videoarbeit in Bremen im Fokus. Viele der heute national und international erfolgreichen Film-

schaffende wurden als Talente vom Filmbüro Bremen entdeckt oder gefördert. Daher sollte diese Leistung durch eine gesicherte Finanzierung der Förderpreis-Formate anerkannt werden.

Frau Strunge kritisiert, dass sich mit dem Haushaltsentwurf eine Politik der kurzen Leine fortsetze. Zwar werde das Überleben gesichert, Entfaltungsmöglichkeiten für die Kultureinrichtungen sehe sie aber nicht. Es werde alle Hoffnung auf die Zeit ab 2020 gesetzt, und dies sei problematisch, da die Einrichtungen jetzt leiden würden. Das Festschreiben von Förderungen auf dem gegenwärtigen Stand sei eigentlich als Kürzung zu verstehen, da die laufenden Kosten steigen würden. Sie begrüße es, dass die Projektmittel jetzt deutlich transparenter gestaltet worden seien und fragt nach dem Inflationsausgleich, der im vergangenen Jahr aus den Projektmitteln für die Einrichtungen der freien Szene gezahlt worden sei. Allerdings sinke der Projektmitteltopf auf 86.000 € aus Haushaltsmittel, und belaufe sich erst dank des Solidarpakts auf 386.000 €. Auch dies sei angesichts eines Antragvolumens von rund zwei Millionen Euro in 2016 zu wenig. Die Honorarerhöhung für Volkshochschule und Musikschule sei zwar angekündigt, in den jetzt vorgelegten Wirtschaftsplänen aber noch nicht erkennbar. Sie hoffe daher auf die Sitzung der Betriebsausschüsse im kommenden September.

Herr Gottschalk sagt, dass es zum normalen Haushaltsverfahren gehöre, dass die Opposition höhere Förderungen anmahne. Die CDU fordere in fast jedem Einzelhaushalt höhere Ausgaben, lehne dann aber in der Bürgerschaft den Gesamthaushalt als zu hoch ab. Die Linke sei für ihn wenigstens konsequent, da sie den Sanierungskurs in Gänze ablehne. Für die SPD-Fraktion sei die Einhaltung des Konsolidierungskurses wichtig, denn daran werde Bremen auch im Bund gemessen.

Frau Kappert-Gonther stimmt zu und bezeichnet den Haushaltsentwurf als Erfolg. Die Gewährung von Tarifsteigerungen sei keine Selbstverständlichkeit. Es sei wichtig, entwicklungsfähige Strukturen durch die jetzige schwierige Lage durchzubringen.

Marcel Pouplier (Kulturrat) erläutert die derzeitigen Veränderungsprozesse in der Kultur, besonders das Publikum sei wegen der Migrationsprozesse einem Wandlungsprozess unterworfen. Migranten müssten auch in den Kultureinrichtungen Arbeitsmöglichkeiten finden können. Er verweist auf die Erhebungen des „Kulturbarometers“ zur Akzeptanz von Kulturangeboten. Diese hätten ergeben, dass vielen Menschen die Kultureinrichtungen nicht mehr wichtig seien. Es sei sinnvoll, die Kooperationen zwischen zentralen und dezentralen Kultureinrichtungen weiter voranzutreiben. Richtig sei auch, die Einrichtungen sowohl in ihrem Bestand als auch in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu stärken. Problematisch sei hingegen, dass immer weniger Geld für neue Projekte zur Verfügung stünde und damit auch weniger Spielraum für Innovationen bestünde. Die Kultureinrichtungen seien zunehmend auf Bundesprogramme angewiesen, dort würde aber eine Kofinanzierung seitens Bremen erwartet.

Frau Kroh schließt sich der positiven Gesamtbewertung des Haushaltsentwurfs an, begrüßt vor allem die neue Fördermöglichkeit für Integrationsprojekte und fragt nach deren Funktionsweise.

Herr Bolayela hebt positiv hervor, dass die Kultur weiter verlässlich gefördert und der Solidarpakt fortgesetzt werde. Nun müsse gemeinsam mit den Kultureinrichtungen über neue Formen der Publikumsgewinnung nachgedacht werden.

Staatsrätin Emigholz hebt die Strahlkraft des Kulturstandorts Bremen hervor. Dass es gelungen sei, mit dem neuen Generalmusikdirektor Marco Letonja und dem neuen Musikdirektor am Theater Bremen, Yoel Gamzou, profilierte Künstler in die Stadt zu holen, sei sicher kein Zeichen von Stillstand. Darüber hinaus verwies sie auf die angehobenen Förderungen für das City 46, die Breminale und La Strada, die Stärkung des freien Tanzes mit steptext und dem Lagerhaus sowie den neu geschaffenen Integrationstopf und die

geplante Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes in Bremen. Zudem sei im Rahmen des Solidarpakts ein dreijähriges Projekt zwischen steptext und dem Theater Bremen verabredet worden.

Hier handele sich insgesamt um Projekte und Vorhaben, die für Erneuerung und neue Zugänge zur Kultur stünden.

Sie betont, dass bei der Aufstellung des Haushalts viele Anregungen aus der Kulturszene aufgegriffen worden seien. Mehr sei immer wünschenswert. Es sei aber irritierend, wenn teilweise so getan werde, dass Bremen als Kulturstadt unattraktiv sei.

Zur Frage des Inflationsausgleichs sei zu sagen, dass dieser noch festzulegen sei und eventuell aus Haushaltsrestmitteln bestritten werde.

Frau Kappert-Gonther betont, dass es notwendig sei, die Lebendigkeit der bremischen Kulturszene hervorzuheben. Dies sei ein Verdienst der Akteure, die aber auch aktiv würden, weil es staatliche Förderung gebe. In der Kritik der CDU erkenne sie keine Substanz. Zwar seien mehr Projektmittel immer wünschenswert, gleichzeitig sei der Solidarpakt nur zu begrüßen.

Herr Rohmeyer erklärt, es gebe eine abnehmende Zustimmung zum bremischen Kulturangebot. Er sehe ein Akzeptanzproblem. Herr Rohmeyer betont, dass die Kulturvermittlung in den Fokus gestellt werden müsse. Zudem sei es wichtig, die Breitenkultur zu fördern, die im Theater Bremen nicht mehr stattfinden würde. Die Einrichtungen dürften nicht nur für eine anspruchsvolle Spitzenkultur stehen. Eine visionäre Kulturpolitik finde in Bremen nicht statt. Zur Frage der Berufung des Generalmusikdirektors wäre eine frühzeitige Unterrichtung der Deputierten wünschenswert gewesen.

Staatsrätin Emigholz antwortet, dass Zukunftsperspektiven in direktem Dialog zwischen Kulturbehörde und Kulturakteuren in Tagungen und Workshops entwickelt würden. Kulturelle Bildung sei nicht auf freien Eintritt zu reduzieren. Sie verwies dazu auf die der Bürgerschaft vorgelegte, umfassende Berichterstattung. Zudem sei die Gegenfinanzierung des CDU-Vorschlags zu freiem Eintritt in den Museen stets offen geblieben. Der Bremer Solidarpakt sei bundesweit einzigartig. Eine Umfrage von Radio Bremen habe ergeben, dass rund 80 Prozent der Menschen in Bremen mit dem Kulturangebot zufrieden bzw. sehr zufrieden seien.

Herr Gottschalk ergänzt, dass die Sicherung institutioneller Förderung von Einrichtungen, die bisher aus dem Projekttopf unterstützt wurden nicht bedeute, dass für die Freie Szene weniger Geld zur Verfügung stünde. Für die Projektmittel stünden nicht 86.000 €, sondern dank des Solidarpakts 386.000 € zur Verfügung. Er fordere die CDU auf, in den Haushaltsberatungen eigene Anträge zu stellen.

Herr Drechsel merkt erneut an, dass Angesichts der vertretbaren erstmaligen Unterstützung für das KEK Kindermuseum, auch dem Filmbüro Bremen e.V. für den Dokumentarfilm Förderpreis, dem Videokunst Förderpreis und der sog. Microförderung ebenfalls ein Betrag von mindestens 5.000 -10.000 Euro p.a. zugestanden werden sollte. Nicht nur immer wieder neue Projekte, sondern auch die nachhaltig erfolgreiche Initiativen sollten von den stattlichen Fördermitteln profitieren..

Frau Strunge stimmt Herrn Drechsel in Sachen Filmbüro zu, doch man dürfe KEK und Filmbüro nicht gegeneinander ausspielen. Offen sei für sie immer noch die Finanzierung des Samba-Karnevals im kommenden Frühjahr. Sie kündigt in den Haushaltsberatungen einen Antrag auf Erhöhung der Projektmittel an. Zudem weist sie auf den hohen ehrenamtlichen Einsatz der Beschäftigten in vielen Kultureinrichtungen hin. Insgesamt werde sie den Haushaltsentwurf ablehnen.

Staatsrätin Emigholz weist auf das hohe Entwicklungspotenzial und die große Unterstützung des freien Tanzes in Bremen hin.

Die Deputation beschließt mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen bei Gegenstimmen von CDU, FDP und Die Linke:

1. Die Deputation für Kultur beschließt die Änderungen der Anlage 4.
3. Die Deputation für Kultur bestätigt die Darlegungen der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen für die Produktgruppen des Produktplanes, Kultur, entsprechend der Anlage.

Die Deputation beschließt einstimmig:

2. Die Deputation für Kultur nimmt die Entwürfe der kameralen Haushalte und des Produktgruppenhaushalts zur Kenntnis.
4. Die Deputation für Kultur bittet den Senator für Kultur, über den weiteren Fortgang der Haushaltsaufstellung zu berichten.

TOP 4: Beitritt der Landesarchäologie zum ADABWeb

Prof. Dr. Halle (Landesarchäologie) erläutert die Gründe für den Beitritt der Landesarchäologie zum Datenbanksystem ADABWeb, welches von Niedersachsen und Baden-Württemberg gemeinsam betrieben werde. Es handele sich um ein Kooperationsprojekt mit dem Land Niedersachsen, welches die digitale Erfassung von Fundstellen und Fundobjekten ermögliche. Der Abgleich mit dem umgebenden niedersächsischen Umland sei sinnvoll, da sich historische Besiedlung nicht an heutigen Kommunal- und Landesgrenzen orientiert habe. Die Kosten in Höhe von rund 7500 € seien 2016 durch das Kulturressort bereitgestellt worden, so dass nun der Umgang mit großformatigen Wandkarten in Papierform der Vergangenheit angehöre.

Frau Kappert-Gonther erkundigt sich, warum das System passwortgeschützt sei und Frau Prof. Dr. Halle erklärt, dass es unterschiedliche Berechtigungsstufen gebe, zumal gerade Niedersachsen Probleme mit illegalen Grabungen habe.

Frau Kroh fragt nach einem Zugang für Wissenschaftler und Frau Prof. Dr. Halle führt aus, dass Leseberechtigungen für Wissenschaftler und andere Denkmalbehörden möglich seien.

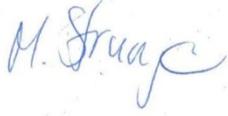
Die geplante Präsentation konnte aus technischen Gründen nicht gezeigt werden und liegt diesem Protokoll als Anlage bei.

TOP 5: Verschiedenes

Herr Rohmeyer bittet für die nächste oder übernächste Sitzung um einen Bericht des Landesamts für Denkmalpflege zum Verfahren der Unterschutzstellung. Hintergrund seien die Berichte in den Medien über den unterschiedlichen Umgang des Denkmalschutzes mit dem Verwaltungsgebäude auf dem Gelände Brauerei AB INBEV; dem früheren Medienhaus an der Schwachhauser Heerstraße und der alten Musikschule.

Frau Strunge bittet um einen Bericht, möglichst in der kommenden Sitzung, zur Verwendung der Restmittel im laufenden Haushalt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der staatlichen Deputation für Kultur



Sprecherin



Protokollführer